Aus Verantwortung: Der Koalitionsvertrag 2025

Volker Jentsch

Mai 2025

Geschichte. Das Dreier-Bündnis der „Freien, Gerechten und Nachhaltigen“ vom November 2021 war 2024 gescheitert. Neuwahlen wurden erforderlich. Gewinner war die CDU, Verlierer die SPD. Vor der Konstituierung des neuen Parlaments wurde das alte nochmals aktiv. Es verabschiedete am 18.3. 2025 in einem spontan gebildetem Bündnis von CDU, Grüne und SPD ein gigantisches Schuldenpaket in der Größenordnung von einer Billion (10^{12}) Euro. Das gelang u.a. deshalb, weil der allseits so beliebte, aktuelle wie zukünftige Verteidigungsminister vom Rednerpult aus aufforderte, die „Bedrohungslage“ ernster zu nehmen als die „Kassenlage“. Eine neue Dreier-Koalition wurde geschmiedet, bestehend aus CDU, CSU und SPD; sie nennt sich das Bündnis der „Verantwortungsbewussten“. Sie verfügt über eine Mehrheit im Bundestag von 16 Stimmen. Drei große Kerle und eine Frau zur Linken – das sind die Vier von 2025. Deutlich unscheinbarer aufgestellt als die Vier von 2021, kein Annalena-Farbtupfer mittendrin, jedoch nicht weniger selbstgewiss, vor allem aber mit einem Kanzler in spe, dessen Temperament sich von dem seines Vorgängers merklich unterscheidet. Am 9.4. verkündeten die neuen Vier im Rahmen einer Pressekonferenz, was Land und Leute in den nächsten vier Jahren zu erwarten haben. Der zukünftige Kanzler versprach mit markigen Worten „das Beste für das Land“ und verkündete emphatisch, „den Wandel in der Welt mitzugestalten.“ Am 5.5. unterzeichneten die drei Parteien den Koalitionsvertrag, und am 6.5 ist der Rechtsanwalt Friedrich Merz[1] im zweiten Wahlgang mit 325 Jastimmen gegen 289 Neinstimmen zum zehnten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden.

Prognose. Der Pakt von 2021 wurde von drei Parteien geschlossen, die in Prägung, Lebensweise und Weltanschauung einige Unterschiede aufzuweisen hatten. Dagegen besteht die aktuelle Koalition aus Parteien, die in den Jahrzehnten gemeinsamer Regierung viel voneinander gelernt und mit der Zeit in Diktion, Habitus und Ansichten immer ähnlicher geworden sind.[2] Insofern ist

[1] Er erinnert mich in seinem Äußeren und Gebaren oft an eine der Figuren von Wilhelm Busch, dem genialen Porträtisten des deutschen Spießbürgertums.

[2] Besonders deutlich wird dies, was die Rolle des Militärs betrifft. Zwischen den drei herrscht hinsichtlich Aufrüstung und allgemeiner „Kriegstüchtigkeit“ sowie „Abschreckungsfähigkeit“ Übereinstimmung. Sie gipfelt in dem skurrilen Ausruf: „Wir wollen uns verteidigen können, um uns nicht verteidigen zu müssen.“

davon auszugehen, dass die neue Dreier-Koalition die Zeit bis zu den nächsten Wahlen überdauern wird.

Kritik. Wie bei solchen Anlässen üblich, melden sich nach Veröffentlichung des Vertrags Parteien und andere zu Wort. Die Grünen haben fehlende Klimabesorgnis bemängelt, die Linken eine imperiale Haltung gegenüber den Bedürftigen herausgelesen, die AFD die Milde in der Flüchtlingspolitik gegeißelt, die „Weisen“ aus Industrie und Wirtschaft mangelnde Rigorosität bei Kürzungen im Sozialbereich konstatiert; und allen gemeinsam ist, dass zu vieles im Vagen bleibt und wichtige Anliegen, die einer schnellen Lösung bedürften, in sogenannten Kommissionen zwischengelagert werden. Natürlich gibt es auch positive Stimmen; vor allem wird darauf hingewiesen, dass man doch abwarten und die man mal machen lassen solle, es könnte ja auch was Gutes dabei herauskommen. Zu recht ist übrigens die weit verbreitete Kritik an der geplanten Steuererleichterung im Gaststättengewerbe. Hier gibt es den begründeten Vorwurf, dass sich die zuständige Lobby mittels üppiger Zuwendungen an die Kanzlerpartei diese Belohnung erkauft habe.

Die Absichten, die im Vertrag von 2025 zum Ausdruck kommen, sind nicht von Euphorie gekennzeichnet (die im alten von 2021 noch gelegentlich aufblitzte), sondern mit Emphase unterlegt, etwa in dem Sinn, dass nur so und nicht anders der Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft analysiert werden könne und nur so und nicht anders die Versprechungen lauten müssten, um beide in eine sichere und glückliche Zukunft zu führen. Wie das im einzelnen gelingen soll, wird dann aber zumeist nicht verraten. Es ist, so mein Eindruck, ein Vertrag für diejenigen, von denen behauptet wird, dass sie sich „anstrengen“. Ein Vertrag für die Ungezählten, die sich anstrengen und es trotzdem zu nichts bringen, müsste folglich erst noch geschrieben werden.

Meine Analyse des Schriftstücks gliedert sich in einen formalen Teil (Typographie und Worthäufigkeit) sowie einen inhaltlichen Teil, der sich mit dessen Kapitel 2.4 „Bildung, Wissenschaft und Innovation“ beschäftigt.

Textform. Was die typographische Gestaltung betrifft, ist der Vertrag von 2021 ansprechend aufgemacht, bei Seitenzahlen, Inhaltsverzeichnung, Satzspiegel, Überschriften und Font sind Expertinnen am Werk gewesen. Beim aktuellen Vertrag drängt sich der Eindruck auf, als hätte der zukünftige Kanzler nächtelang mit Microsofts Word gerungen, um die 146 Seiten zu gestalten. Der doppelte Zeilenabstand suggeriert, dass er habe Platz lassen wollen für Einfügungen und Änderungen. Zum Ausgleich der ungenutzten Zeilen ist die Seite von oben bis unten gefüllt, so dass für Kopf- und Fußsteg, unverzichtbare Elemente eines ansprechend aufgeteilten Blatts Papier, nur ein paar wenige Zeilen verbleiben. Würde das Augenmerk folglich allein auf die Form gerichtet, ist der Vertrag eher ein Entwurf denn ein Werk, das als Buch oder Broschüre den Büchertisch zu Weihnachten bereichern könnte.

Worthäufigkeiten. Der aktuelle Vertrag besteht aus einprägsamen, überwiegend kurzen Sätzen; es regiert Nüchternheit, wo Euphorie im Vertrag von 2021 gelegentlich aufblitzte. Im Umfang unterscheiden sich die beiden um nur wenig, der neue weist 146, der alte 141 Seiten auf. Allerdings zähle ich beim alten 51908 Wörter, während der neue nur 49220 anbietet. Einige Wörter er-

freuen sich besonderer Beliebtheit in den Verträgen. Dass 2021 *Klima* in diversen Komposita 197 mal auftritt, versteht sich von selbst, da die Grünen mit an Bord waren; dass es dasselbe Klima aber auch im neuen Vertrag auf achtzig Nennungen bringt, war nicht vorhersehbar. Haben die Grünen also doch, wie von informierter Seite behauptet wird, mitgeschrieben? In beiden Verträgen genießt das Wort *Innovation* großes Ansehen. Es tritt allein und als Kompositum auf, unter anderem als „Innovationskapital, Innovationskompetenz, Sprunginnovation, Innovationskraft, innovationsfreundlich, Innovationstreiber". In 2025 kommen „Innovationsräume" dazu. Ich sehe in diesem Zusammenhang Räume, die mit Innovationen tapeziert sind, deren Wohnlichkeit sich allerdings erst noch wird erweisen müssen. 2021 begegnet uns Innovation inklusive seiner diversen Zusammensetzungen 76 mal, während 2025 es bei 49 Nennungen belässt. Natürlich ist auch das Wort *Nachhaltigkeit* präsent. Mit diesem hat erneut 2021 die Nase vorn, mit 38 gegenüber 12 Nennungen in 2025; und beim Wort *Wettbewerb* steht der eine dem anderen kaum etwas nach. Hier ist das Verhältnis 2021 : 2025 = 61 : 66. Kein Vertrag ohne *Leistung*: 2021 wird es 92 mal bemüht, was wohl dem Einfluss der FDP geschuldet ist; es begegnet uns, u.a., als „Leistungserbringer", „leistungsfähig" und „leistungsstark". Aber auch bei diesem gesellschaftlichen Schlüsselwort liegen 2021 und 2025 dicht beieinander. 2025 hat es 113 Auftritte, u.a. als „Leistungsträger" und „Leistungsgerechtigkeit", beide gleichermaßen undefiniert und, da schon öfter aus Merzens Munde vernommen, wohl Teil seines politischen Wörterbuchs. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass der nächste Nachbar von Leistung die *Kraftanstrengung* ist, die 2025 siebenmal erbracht wird. Mit einem Wort hat der neue Vertrag allerdings ein Alleinstellungsmerkmal; es handelt sich um das Verb *hebeln*. Dieses eher rustikale, dem Handwerker zugeordnete Wort hat offenbar Eingang in die Finanzmärkte gefunden; hier dürfte die frühere Berufstätigkeit des zukünftigen Kanzlers zum Zuge gekommen sein. Es sollen, zum Beispiel, „Forschungsmittel mit Dritten" gehebelt werden. Auch das sechsmal aufgerufene *schnellstmöglich* wird höchstwahrscheinlich dem Kanzler in spe entsprungen sein. Es sollen, u.a., schnellstmöglich „Menschen in Arbeit vermittelt, Verkehrswege nach Polen und Tschechien geplant und finanziert, Geothermie und Mobilfunk beschleunigt werden. . . "

Die Angabe der Schlüsselwörter ist natürlich nicht vollständig, weitere ließen sich finden. Hier wollen wir es mit der Linguistik nicht übertreiben. Es möge der Hinweis genügen, dass die Häufigkeit der Nennungen zunächst einmal nur Numerik ist. Andererseits verweist die Häufigkeit des Wortes inklusive seiner verschiedenen Formen und Zusammensetzungen auf Schwerpunkte, die sich die Koalition gesetzt hat. Sie deuten auf die Ziele, die avisiert werden und zimmern das Weltbild der Koalitionäre. Andererseits verraten die zahllosen Ungetüme, die durch den Zusammenschluss mehrerer Wörter entstehen, viel über die Formulierungskunst und die zu erwartende Phraseologie der neuen Regierung.

Wissenschaft. Ich konzentriere mich in meiner inhaltlichen Analyse auf den Teil, der weniger beachtet worden ist und sich aus meiner Sicht positiv gegenüber allen anderen abhebt. Er betrifft, wie oben angedeutet, das Kapitel 2.4, in dem sich alles um Wissenschaft und damit Verwandtes dreht.

Auf zehn Seiten brennt ein Feuerwerk an Versprechungen, Förderprogrammen, Versicherungen, Belohnungen und Gefälligkeiten. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal, das gibt es so nicht noch einmal im Vertrag. Sollten die Versprechungen sich als Versprechen erweisen, brechen goldene Zeiten für die Wissenschaft und Forschung in Deutschland an. Geschundene amerikanische Wissenschaftler werden aufbrechen, um hier eine neue, wissenschaftliche Heimat zu finden. Im Ernst: Der Bereich Forschung und Innovation geht weit über das hinaus, was 2021 an dieser Stelle in Aussicht gestellt wurde. 3.5% vom BIP lautet die magische Zahl, die als Fördersumme veranschlagt wird. Das erinnert an frühere Forderungen der NATO – hat man hier im Eifer des Gefechts Wissenschaft mit Rüstung verwechselt?[3] Ein „Wissenschaftsfreiheitsgesetz“ wird entstehen, mit dem die Forscher von „kleinteiliger Förderbürokratie entfesselt werden.“ Neue Forschungsstätten sollen erbaut werden, allerdings – ein weiteres Zugeständnis an die Grünen? – nicht ohne dabei „Nachhaltigkeit und Klimaschutz“ aus den Augen zu verlieren. Ausgründungen sollen in Zukunft innerhalb von „24 Stunden“ vollzogen werden können. Das ist „Wissensgetriebene Sprunginnovation!“ Und über allem: die Metamorphose von Forschung in Produkte, die sich verkaufen und exportieren lassen. Das Wort dafür ist „Transfer“. Landesregierungen haben seit ungefähr 1970 unablässig versucht, zu transferieren. Viel Geld ausgegeben und sogenannte An-Institute gründen lassen. Der jeweilige Landesvater aus NRW, Baden-Württemberg, Bayern etc. ließ es sich meist nicht nehmen, die Bauten selbst einzuweihen. Brachte die Gewissheit zum Ausdruck, dass daraus ein deutsches Silikon Valley mit vielen Mitarbeitern entstünde. Hat leider nur selten oder gar nicht geklappt. Ob diese Regierung damit mehr Erfolg haben wird?

High-Tech. Zusätzliche Forschungsgelder sollen mit Dritten „gehebelt“ werden. Die zu beackernden Felder sind gute alte Bekannte, stehen schon in der Aufgabenliste vergangener und vergessener Koalitionsverträgen. Doch es gibt Neues. Man höre und staune: *Fusionsforschung*! „Der erste Fusionsreaktor soll in Deutschland stehen.“ Man meinte vermutlich Bayern. Das finde ich sensationell. In vollem Ernst: Ein echtes Highlight! Erinnern wir uns: vor zwei Jahren ging die damalige Ministerin für Forschung ans Mikrophon und erklärte den Durchbruch in der Fusionsforschung. Es sollten, natürlich in übertragenem Sinn, bald Zustände wie auf unserer Sonne herrschen. Tatsächlich war man der Fusion nach geschätzt vierzig Jahren ein Stückchen näher gekommen; von einer Realisierung hin zur Energiequelle der Zukunft, so wünschenswert sie auch erschiene, war und ist man auch heute noch viele Jahre, manche sagen Lichtjahre entfernt.[4] Dennoch: eine mutige Ansage, ein Punkt für den CSU-Vorsitzenden und seine Berater.

Deep-Tech. An dieser Stelle kommen die „strategischen Forschungsfelder“ ins Spiel, darunter auch das Klima. Der alte Vertrag benötigte siebzehn Zeilen, und

[3] Ganz so abwegig, wie es scheinen mag, ist dieser Gedanke nicht, denkt man an die Konzentration der High-Tech Industrie, die vorzugsweise in Bayern angesiedelt ist und dort höchst profitabel für die Rüstung forscht und arbeitet.

[4] Das ist nun eindeutig zu viel; die Verfechter dieser Idee haben offenbar keine Vorstellung von der Entfernung, die einem Lichtjahr innewohnt – es sind immerhin $10^{13}\,km$.

das nur für den Schutz des Klimas; der neue begnügt sich mit drei. Interessant könnten sich die umfangreichen Vorhaben zur medizinischen Forschung erweisen. Es geht um „personalisierte Medizin“ und „Frauengesundheit“. Spätestens an dieser Stelle erhebt sich die Frage, wie es um die Gesundheit der Männer bestellt ist und wer sich um diese kümmert. Auch die Raumfahrt ist wieder dabei, sogar in Form der „bemannten“, wo es inzwischen auch schon die „befraute“ gibt. In diesem Zusammenhang denkt man aber wohl eher an die Satellitentechnik, Satelliten für die Erdbeobachtung, Nachrichtenübertragung und Fernerkundung für das Militär. Oder will man dabei sein, wenn irgendwann in fernen Zeiten, in den unendlichen Weiten des Weltraums nach seltenen Erden geschürft wird?

Impressionen. Im Angesicht all dieser Klassifizierungen, Beschreibungen und Initiativen, seien sie neu, bereits in Aktion oder im Stadium der Reaktivierung, dürften die Koalitionäre aus dem Staunen nicht mehr herausgekommen sind, mit offenen Mündern und rollenden Augen haben geschehen lassen, was ihnen die eilens herbeigerufenen Experten aus Wissenschaft und Forschung in die Feder diktierten.

In Kapitel 2.4 kümmert man sich nicht nur Wissenschaft und Technologie, sondern (wenn auch weniger ausführlich) um Strukturen, Weiterbildung und Karrieren.

Strukturen. „Hub Strukturen“ sollen „Innovationsräume“ schaffen. Was damit wohl gemeint ist? „Tausend (internationale) Köpfe“ werden angeworben, um in Freiheit in Deutschland zu forschen. Ob in die USA Emigrierten darunter sein werden? Ausgründungen sollen nicht nur schnellstmöglich, sondern in 24 Stunden erfolgen. Exzellenz: Die jahrelangen Versuche, ähnliches in ausgewählten Universitäten mittels viel Geld und großer Öffentlichkeitsarbeit zu etablieren, soll evaluiert werden.

Aufstieg und Karriere. Die Arbeit in den Universitäten und Forschungsinstituten, so interessant und abwechslungsreich sie bisweilen auch sein mag, ist von Unsicherheit gekennzeichnet. Die Arbeitsverhältnisse sind zumeist befristet; eine Verlängerung hängt ab vom guten Willen der Institutsleitung, von vorhandenen Mitteln, der Relevanz der Arbeitsergebnisse ... Die Berufung auf unbefristete Stellen ist möglich, aber äußerst ungewiss, angesichts deren geringen Zahl, relativ zur großen Zahl der Bewerber, sowie dem unkalkulierbaren Ausgang der vorgeschalteten Auslese- und Berufungsverfahren, die von vielerlei partikularen Interessen der „Rufenden“ bestimmt sind. Die Koalition verspricht, sich dieser bedrückenden und ungerechten Angelegenheit anzunehmen. Genau an dieser Stelle wäre eine Konkretisierung erforderlich. Solange das nicht der Fall ist, wird es weiterhin darauf ankommen, dass die befristet Beschäftigen endlich ihrer eigenen Bedeutung bewusst werden und eine Veränderung der Verhältnisse einfordern. Denn ohne das wissenschaftliche Personal würde die Forschung in Deutschland auf ein unbedeutendes Minimum einschmelzen.

Weiterbildung Der Koalitionsvertrag thematisiert eine nationale Weiterbildungsoffensive. Die ist in der Tat erforderlich. Denn auch und vor allem bei Erwachsenen ist ein Mangel an Bildung, Wissen und Verständnis der Prozesse in Natur und Gesellschaft nur zu offensichtlich. Dieser birgt die große Gefahr, dass Teile der Gesellschaft Erzählungen und Weissagungen anheim fallen, die

Erfahrungen und gesichertem Wissen zuwiderlaufen.

Perspektiven. Die Koalition hat vier Jahre Zeit, aus dem Katalog ihrer Ankündigungen die wichtigeren zu wählen, mit Inhalt zu füllen und dann alsbald auch zu realisieren. Die Wählerschaft wird versuchen, auf dem Laufenden zu bleiben, sie wird die Ereignisse, Beschlüsse und Initiativen in den nächsten Monaten verfolgen, um nach vier Jahren zu entscheiden, was versprochen und nicht gehalten, was daneben ging und wo echte Fortschritte sichtbar wurden. Vom Ergebnis der Prüfung wird ihre Entscheidung für das nächste Mal abhängen.

Lichtschimmer. Ich sehe zwei Lichter am Ende des Koalitionsvertrags. Das eine glimmt für Thorsten Frei, Chef des Bundeskanzleramts: er umschifft nicht, wie in der Politik üblich, die an ihn gestellten Fragen, sondern beantwortet sie; und das macht er zumeist in präziser und nachvollziehbarer Weise. Das andere leuchtet für Dorothee Bär. Mit schlichtem „ä“ und ohne „bock“. Sie gefällt mir, weil sie auf charmante Weise stichhaltige Antworten gibt und klare Meinungen zu vertreten weiß. Meine optimistische Prognose: Sie wird die blamablen Auftritte der beiden Vorgängerinnen recht bald vergessen machen. Und dem Ministerium die Geltung verschaffen, die für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft erforderlich ist.